

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch
die Post 3 M., monatlich 2 M.,
einmonatlich 1 M., ohne Befreiung.
Bestellungen werden von allen Bezie-
hungsstellen angenommen.
Nummer 5382 des amtlichen
Zeitungs-Verzeichnisses.
Für die Redaktion verantwortlich
H. v. Albers, Berlin in Halle.
[Erscheinungsverbindung mit Berlin und Leipzig.]
Verlagsges. Nr. 170.

Saale-Beitung.

(Der Bote für das Saalthal.)
Fünfundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spalte über dem Raum
mit 25 Pfg., sechs auf dem mit
15 Pfg. berechnet und in der Expedition
von unten Annoncenstellen und allen
Annoncen-Expeditionen angenommen.
Werkamen die Seite 60 Pfg.
Erscheint täglich mit Ausnahme der
Lage nach dem Sonn- u. Feiertagen.
(Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nur
mit voller Quellenangabe gestattet.)

Nr. 40. Halle a. d. Saale, Dienstag den 17. Februar 1891.

Freies Vereins- und Versammlungsrecht.

Vor einigen Monaten ist eine Broschüre des Abg. Kaufmann erschienen, die mit dem geltenden Vereins- und Versammlungsrecht in den einzelnen deutschen Staaten so gründlich wie nur möglich anfrücken möchte und nur einen einzigen Grundsatze aufstellt. Fort mit allen diesen Gesetzes- und Polizeiverordnungen! Die Bildung von politischen Vereinen und die Abhaltung von politischen Versammlungen sei in Zukunft abjektiv und unbefristet! So radikal diese Forderungen in Wahrheit sind, in so maßvoller Form und mit so eindringlicher Beweisführung verfaßt der Verfasser sie vorzutragen. Die Broschüre ist in allen Parteien lebhaft beachtet worden, und wir haben eine akute Veranlassung, uns mit ihr zu beschäftigen, weil auch die „Kreuztg.“ jetzt in einem lebenswerthen Artikel „Polizeistaat und Polizeistrafe“ auf die Sache eingeht. Die „Kreuztg.“ wendet sich naturgemäß gegen die Forderungen der kaufmann'schen Schrift; von einem konservativen Blatte ist anderes wohl auch niemals zu erwarten gewesen. Aber die „Kreuztg.“ sagt zugleich über das Verhältnis der Polizei zum bürgerlichen Leben so viel Vernünftiges und Richtiges, daß man sich dieser Zustimmung aus einem gemäßigteren Lager aufrecht freuen kann. Jedes Wort der von der „Kreuztg.“ gegebenen Darstellung kann unbedenklich unterschrieben werden. Es ist nicht die Anzahl der bei uns auf staatsrechtlichen und kommunalen Gebieten, im gewerblichen, landwirtschaftlichen und allseitigen bürgerlichen Leben geltenden und mit Strafbroden gepackten politischen Gebote und Verbote ist schon jetzt derart groß, daß die „Kreuztg.“ sagt, „sein Umfange ist, ihren Inhalt im Kopfe zu behalten.“ Dementsprechend ist der Kaufmann'sche Befehl wir uns im bürgerlichen Leben bewegen müssen, derartig mit den Forderungen der politischen Strafparagrafen gefüllt, daß die äußerste Vorsicht der Sorgart geboten ist, um nicht in diese oder jene Spitze hineinzutreten.“ Weiter heißt es da: „Da in der Regel zur Uebertretung dieser Gesetzesbestimmungen... Fahrlässigkeit genügt, so giebt es keinen erwachsenen Bürger, der, wenn auch Mangel Strafverfolgung unbeträchtliche Bestimmungen nicht verletzt hätte... Kein Wunder ist es daher, daß der moderne Staatsbürger, mag er noch so loyal und konservativ im besten Sinne des Wortes gefasst sein, häufig einen stillen, ungenügenden Haß gegen politische Reglements und insbesondere gegen das Polizeiverbot... Im lebendigsten aber wendet sich dieser natürliche Individualismus gegen politische Beschränkung auf politischen Gebiete.“

Mit einem verächtlichen Gefühl hochbarer Gemüthsreinheit nimmt man diesen Stoffeisen der „Kreuztg.“, daß die politische Unmündigkeit doch wenigstens in den Formen einer zureichenden Obergrenze sich behält, und daß auch der lokale konservative Staatsbürger eben so gut wie sein radikaler Antipode tausendfache Gründe hat, sich über die unaufrichtigen Beschränkungen durch Polizeireglements und über die Art und Weise ihrer Ausübung zu beklagen. Damit wäre denn also das Level als ein allgemein geltendes konstatiert, und wir begreifen diese Genossenschaft in der Hoffnung, daß doch einmal der Tag kommen wird, wo der unendlich konzentrierte Umwille der gesamten Bevölkerung über das Jozuel an politischer Gängelung zu einer heilsamen Reform auf diesem Gebiete führt. Für die überwiegende Mehrzahl der Menschen verlor sich der Staat ausschließlich in der Polizei, und es ist wahrhaftig nicht gleichgültig, wie ihm von dieser Seite her begegnet wird. Aber, der sich auch nur ein wenig in seinem näheren oder ferneren Kreise umsieht, weiß, daß eine Umwälzung von Bedeutung, ja daß im öffentlichen Leben erspart bleiben könnte, wenn nicht die fast unbedingte Macht der Polizei und mehr noch die Form ihrer Ausübung Tag für Tag auf Hunderttausende drückt. Wie soll da noch die rechte Freizügigkeit an möglichsten Zuständen aufkommen können? Die politische Unmündigkeit stellt, so sind die Verhältnisse, an die seine Broschüre anknüpft, doch bereit verfahren und unerschrocken, daß, wie man sieht, die Zustimmung sogar aus dem extrem konservativen Lager nicht ausbleibt. Die Zustimmung nicht zu der Forderung an sich, sondern zu der Empfehlung, aus der heraus sie gestellt ist. Das Kaufmann will, sieht sich im übrigen doch viel radikaler an, als es in Wirklichkeit ist. Denn eine solche Freiheit des Vereins- und Versammlungsrechts, wie sie da verlangt wird, besteht tatsächlich in vielen Ländern, ohne daß die Autorität der Regierung oder die Macht der Polizeigewalt darunter jemals gelitten hätte. In England beispielsweise tritt an die Stelle der politischen Propylaxe ganz einfach die Depression. Das politische Leben vollzieht sich ungehindert, aber in dem Augenblicke, wo seine Auswirkungen in Vereinen und Versammlungen den öffentlichen Frieden bedrohen, oder die Grundlagen des Staatensystems selbst erschüttern, tritt die Polizei mit der angemessenen Energie auf den Plan, und wir wissen aus Tausenden von Beispielen der irischen Bewegung und der großen Streiks, daß die Staatsgewalt sich jedesmal noch Lösung zu verschaffen gewußt hat. Freilich erfordert eine Handhabung der politischen Wachsmittel im englischen Sinne eine jahreslange Schulung und politische Erziehung, wie wir sie nicht haben. Wir sind auch sehr bereit, anzuerkennen, daß unsere Polizei im ganzen wohlwollender vorgeht und eine viel bessere Geduld hat als in ihren Handlungen hat, als die englische. Aber der freiere Spielraum, den die Polizeigewalt im Inlande hat, und der vielfach zu großer Willkür herausfordern könnte und es unweilend wohl auch thut, wird doch wohlthätig paralisirt durch den bestimmten Grundzug des selbständigen englischen Nationalcharakters, der gewöhnlich bis zum äußersten, der aber kaum seine starke Hand zu

zeigen versteht. Wir würden keinen so üblen Lausch machen, wenn wir es einmal mit dem englischen Beispiel versuchen wollten. Aber freilich, wo ist die Aussicht dazu? Alles rings um uns her hat sich im Laufe der letzten 20 Jahre gewandelt, das volkswirtschaftliche, das gesellschaftliche und das politische Leben; nur seinen politischen Charakter hat das deutsche Staatswesen bis heute noch nicht abstreifen können. Es muß doch wohl ein bißchen im deutschen Blute liegen, daß es so ist, und das Nationen über die Polizei beneidet auch nichts hiergegen, denn dies Nationen liegt uns ebenfalls im Blute.

Deutsches Reich.

* Berlin, 15. Febr. Se. Maj. der Kaiser war gestern mit der Kaiserin eine Einladung der Kaiserin Friedrich zur Frühstücksstunde gefolgt. Nach Aufhebung derselben unternahm der Kaiser eine Spazierfahrt und im Anschluss daran einen längeren Spaziergang und kehrte kurz nach 4 Uhr zum königlichen Schlosse zurück. Um 6 Uhr fand bei den Waisentänzen Foll statt, zu welcher verschiedene Einladungen ergangen waren. Am Abend wohnte der Kaiser der Vorstellung im Opernhaus bei und begab sich von dort aus, einer Einladung des Chefs des Militär-Kabinetts General v. Dahnke entsprechend, zur Theilnahme an einer von mehreren veranstalteten größeren Ballschicht nach dessen Wohnung in der Behrenstraße. Dort bewilligte Se. Maj. bis gegen 1 Uhr. Heute vormittag wohnten die Kaiserlichen Maj. mit dem Gesandten in der höchsten Dienststelle, feierliche der Abgang nach seiner Mission gewährte der Kaiser dem Vorkämmler Wimmer eine längere Sitzung. Zu 1/4 Uhr waren von den Majestäten der Oberst in I. Garde-Regiment, v. Wagner, der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Studt, und der Gouverneur von Ostpreußen, v. Soden u. mit Einladungen beehrt worden. Bei den Schürstischen Sachen-Weiningerischen Herrschaften findet heute eine größere Abend-Unterhaltung statt, an welcher die Majestäten ebenfalls teilnehmen werden. — Prinzessin Margaretha von Preußen trifft nächsten Donnerstag zu einem Besuch bei der Königin Viktoria in Windsor ein. — Die Kaiserin Friedrich hat dagegen ihre Reise nach England auf kurze Zeit aufgeschoben.

== Berlin, 15. Febr. In Abrede gegen die unzutreffenden Meldung anderer Blätter, Graf Waldersee werde acht Tage hier verweilen, darf ich versichern, daß derselbe heute oder morgen bereits auf seinen Posten zurückkehren und dort verbleiben wird. Seine Gemahlin wird ihm in Kürze dahin folgen. Unwahr ist auch die Ausbreitung, er benötige sich nach wie vor sich im Privatleben zurückzuziehen und wolle sich dann nach Italien begeben. Auch ist von Ministerialbeschlüssen des Generals Weydant von G. L. Hoffmann hier nichts bekannt, wiewohl zugestanden wird, daß auch er sich früher mit solchen Vorhaben getragen habe.

?? Berlin, 15. Febr. Aus Wien erhält die legitime Katholische, das Organ des Erlanges von Neapel, einen detaillierten Genossenschaftsbericht über die wahren Beziehungen zwischen Wien und Italien und Wien und St. Petersburg. Wie das Blatt versichert, wäre der Verfasser ein cisleithanischer Diplomat, welcher behauptet, es sei für Oesterreich keine, „no Deutschland und Italien politisch und militärisch zu wanken aufzugeben“, eine Pflicht der Selbsterhaltung, den Dreieck aufzugeben und sich loyal mit Rußland zusammenzuschließen. Die Annäherungen des bündnisfeindlichen Diplomaten, welcher nebenbei ein Bewunderer Bismarcks zu sein scheint, lassen sich, soweit sie die Politik Capriotti's und deren angebliche Beurteilung durch den Kaiser von Oesterreich betreffen, gar nicht wiedergeben. Ueberhaupt scheint man in wiesener Kreise den Moment zur Unterwählung des Bundes für recht geeignet zu halten. Ob dieser Schachzug jedoch gelingen wird, ist bei der Verrücktheit, mit welcher man in Wien daran festhält, doch mehr als fragwürdig. Jedenfalls wird man gut thun, solchen Beschlüssen die gewöhnliche Aufmerksamkeit zu schenken, um desto wirkamer die unlauteren Quellen zu beleuchten, aus denen sie kommen.

Die „Nordd. Allg. Z.“ die neuerdings wieder zu offiziellen Ausstellungen benutzt zu werden scheint, bezeichnet die jüngsten Betrachtungen der „Köln. Z.“ über die innere Lage als eine wohlmeinende, aber in wesentlichen Punkten nicht begründete Kritik. Sie verweist auf die von der Regierung unterbreiteten Gesetzesvorlagen und die Stellung der Parteien zu denselben. Darin, daß die Regierung nach längerem Stillstande der Gesetzgebung eine Reform der direkten Besteuerung des Gemeindeviens und des Schulwesens gebracht und dafür ein festes und klares Programm aufgestellt, werde niemand eine Preisgabe wesentlicher Bestandteile der Bismarck'schen Politik und Zugeständnisse an die Radikalen und Ultramontanen, sowie eine Verletzung zuverlässiger Anhänger finden, sondern das Bestreben, die dringliche Reformarbeit mit der Unterwählung der gemäßigten Parteien durchzuführen. Die bismarck'sche Kolonialpolitik werde von der großen Mehrheit des Reichstages getilgt, nur nicht vom Freireim und der Sozialdemokratie. Auch bezüglich des Arbeitergesetzes habe die Regierung ihre Pflicht nicht verkannt. Die viel angefeindeten handelspolitischen Verhandlungen mit Oesterreich betr., war es eine gebieterische Pflicht, bei der verhandelnden Regierung angeht der prohibitiven Tendenzen anderer Länder die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Deutscherseits werde keine Koncession gemacht oder gleichwertige Gegenkonzeption. Die Verhandlungen von 1881 zwischen Deutschland und Oesterreich haben nirgends Beachtung gefunden. Angesichts des jetzigen kritischen Wendepunktes der gesamten internationalen Handelspolitik solle aber ein solches Unterhandeln schon ein Verstoß an den wichtigsten Interessen des Vaterlandes sein. Am Schluß des Artikels heißt die „N. A.“ hervor, jede

Regierung müsse in erster Reihe aus ihren Handlungen beurteilt werden. Was die Regierung wolle, auf wen sie sich stütze, wer ihre Gegner und Anhänger seien, entfalte sich nicht aus Tabellen oder lobenden Zeitungsartikeln, aus Stimmungen und Versammlungen, sondern aus dem Inhalt der Regierungskakte, aus den Abstimmungen der Parteien zu den Vorlagen der Regierung. In maßgebenden Kreisen sei niemals verkannt, daß die Regierung den Parteien, von welchen sie regelmäßig Unterstützung erwarde, auch ihrerseits mit Rücksicht und Vertrauen entgegenkommen müsse.

Die „Pol. Korresp.“ bringt einen Berliner Brief, der sich mit der Stellung der Regierung zu den Kolonialfragen, wie sie sich in den letzten Reichstagsdebatten zu erkennen gegeben, beschäftigt. Die Tendenz aus dieses Briefes geht dahin, nachzuweisen, daß sich der Reichstanzler v. Caprivi in dieser Beziehung völlig in den Traditionen seines Vorgängers bewegt. Es heißt in dem Briefe:

„Sicherlich ist zweifellos dargelegt, daß die eigentliche materielle Vorbereitung des Vertrages doch im wesentlichen von dem Fürsten Bismarck herührt. Ganz abgesehen von dem darüber betrachteten unrichtigen Material, hätte es doch auch genügt, um die Verhandlungen mit der Oesterreichischen Gesellschaft, welcher der Erwerb von Windland getauert wurde, um ein werthvolleres Kompensationsobjekt zu begeben, wie die Oesterreichische Gesellschaft vollständig überzeugt waren, daß nach dem eingetretenen Verluste von Loma und nach dem bevorstehenden Verluste von Zylfalka und Wanda Bismarck für Reichthum nicht mehr zu gewinnen war. Wenn noch Anfang 1890 eine Million an den Sultan von Witlu von Deutschland entbietet wurde, so hatte diese nur den Zweck, den Werth des Kompensationsobjekts noch weiter zu erhöhen; ob das politisch richtig war, muß allerdings nach den späteren Ereignissen sehr fragwürdig angesehen werden. Auch die Abgabe von Sanibar war in den Kreisen der Oesterreichischen Gesellschaft lange bestritten, da alle Berichte der letzteren über den Sultan von Sanibar größere Vorteile abzurufen, freis an der abnehmenden Haltung des Auswärtigen Amtes getauert waren. Der letzte Zeitpunkt für eine Vertheuerung Sanibars war bei der großen Wüste im Jahre 1886. Diese Gelegenheit wurde genutzt, um Bismarck um England ungenüht vertheuerung, und von da ab war die Schaffung eines Politik gegen England ein dauernder Reichwehrgedanke für die Oesterreichische Gesellschaft und ihre Unternehmungen. Alles dieses ist in den näher behandelten Kreisen längst bekannt gewesen; daß man es auch in weiteren Kreisen erfuhr, ist der letzten Kolonialdebatte zu danken gewesen. Wenn ein so weit fähender Staatsmann wie Fürst Bismarck es für angelegentlich hielt, eine Politik gegen England zu verfolgen, wie sie sich in dem jetzt bekannt gewordenen Marginalnotizen ergibt, so hat er sicherlich seine guten Gründe dazu gehabt, und die Zahl derer, die deshalb mit ihm rechnen möchten, ist sicherlich nicht gering. Aber möchte seinem Nachfolger einen Sporn daraus machen, daß er den vorhergesagten Weg weiter ging und die Konsequenzen zog, die sich aus der Situation klar ergaben.“

* Von dem parlamentarischen Hofe beim Reichstanzler am Freitag verlauten auch eine Reihe Bemerkungen des Kaisers. In Bezug auf die Großindiarzellen meinte der Kaiser z. B.: „Wir können doch nicht einzelne Stände bevorzugen.“ Ferner soll namentlich die Schärfe der Anträge aufgegeben sein, mit denen der Kaiser das Verhalten des Fürsten Bismarck getauert habe. Der Kaiser scheint demnach ganz bereit, dem trüblichen Spiel, das von Friedrichsruh aus getrieben wird, ein Ende zu bereiten. Es habe wie Drohen aus seinen Worten gelungen und die Kritik des Bismarck'schen Spiels werde demnach bitter gewesen, daß sie vermuthlich in so scharfer Weise überhört nicht nicht getauert worden ist. Ebenfalls schließt sie jeden Gedanken an eine mögliche Wärfung des Grafens aus. Wünschlich soll der Kaiser etwa gesagt haben: Eine Einmütigkeit auf die Regierung würden die Angriffe des Fürsten Bismarck in fetter Weise ausüben. Nur dem Willen des Fürsten selber gereichten die Angriffe zum Nachtheile. In ähnlicher Weise habe sich der Kaiser über den Centralverband und die Antikritiker geäußert, dessen Einfluß auf die Gesetzgebung der letzten Jahre sehr verhängnisvoll besprochen worden wäre. Das die großen Hoffnungen, welche der Monarch auf die Arbeitergesetzgebung gesetzt, nicht unerwähnt bleiben, sei ebenfalls festgehalten. Der Kaiser meinte, mit solchen Geboten könne man den Sozialdemokraten am besten den Boden abgraben. Auch das Weberere soll im Gespräch mit dem Centrumsabgeordneten Vorst thronmässig erörtert worden sein. In der Unterredung mit dem Abg. Grafen Kronab Preussing erörterte der Kaiser in Anknüpfung an seine für den Herbst projektierte Reise nach Venedig, die Stimmung des Süddeutschen Reiches gegenüber. Der Kaiser betonte das Bestehen eines neuen Gleichheits und sagte von sich selbst: „Ich habe nicht die Empfehlung von 1886, sondern die von 1870.“ Die Parteiverhältnisse eingehen, bemerkte der Kaiser, für ich gebe es nur zwei Parteien: die Hausbesitzer und die Arbeiter, entgegengegensetzt. Ferner äußerte der Kaiser seine Befriedigung über die Wirkung der Einführung des Sozialistengesetzes und sagte hinzu, die Sozialdemokratie habe freie Bewegung im Rahmen der Gesetzgebung; darüber hinaus werde sie die schärfste Zurückweisung erfahren.

Die „Hamb. Nachr.“ bringen an letzter Stelle eine bemerkenswerthe Entgegnung auf einen Artikel des Deutschen Tageblatts: „Ein erstes Wort zur Lage.“ Sie sagen, die Treue und Loyalität gegenüber den konservativen

